

Asymmetrien in der Einkommens- und Vermögensverteilung und ihr Bezug zur Alterssicherung

Dr. Jürgen Faik, Frankfurt/Main

Würzburg, 02.06.1999

1. Einleitung

Gestatten Sie mir, dass ich zu Beginn meines Vortrages ein klein wenig philosophisch werde. Ich möchte nämlich mit der These beginnen, dass das Streben nach individuellem Wohlergehen die Grundlage des menschlichen Seins darstellt.

Das Wohlergehen von Individuen, von Personengruppen, ja von ganzen Volkswirtschaften bildet letztlich auch die Klammer um die ökonomische Wissenschaft herum. Es dürfte dem einen oder anderen von Ihnen geläufig sein, dass das grundlegende historische Werk der Volkswirtschaftslehre, welches Adam Smith geschrieben hat, in der deutschen Übersetzung den bezeichnenden Titel „Der Wohlstand der Nationen“ trägt.

Dieser Titel deutet auf eine wichtige Differenzierung in den Wirtschaftswissenschaften hin, und zwar auf die zwischen Wohlfahrt und Wohlstand. Während der Begriff Wohlfahrt immaterielle Größen wie Freiheit, Frieden, Gesundheit u. ä. ebenso wie die materielle Versorgungslage von Individuen umfasst, schließt die Wohlstandskonzeption als Teilaspekt der individuellen Wohlfahrt immaterielle Komponenten des individuellen Wohlbefindens aus und bezieht sich alleinig auf das materielle Wohlergehen von Individuen.¹

Es ist ein für Volkswirte übliches Vorgehen, sich auf Wohlstandsaspekte getreu dem Motto „Geld allein macht zwar nicht glücklich, aber es beruhigt!“ zu beschränken. Ich werde mich in meinen Betrachtungen dieser Konvention anschließen. Hinter dieser Vorgehensweise steht die Vorstellung, dass zwischen Wohlfahrts- und Wohlstandsaspekte vermutlich hoch-positive korrelative Zusammenhänge bestehen.

¹ Vgl. hierzu Buhmann 1988, S. 6-7.

2. Funktionale versus personelle Verteilung ökonomischer Ressourcen

Ich werde meine Wohlbetrachtungen nachfolgend auf die *Verteilung* ökonomischer Ressourcen in einer Volkswirtschaft beschränken. Ziel meines Vortrages ist es zum einen, Ihnen eine Deskription des Verteilungsgeschehens in der Bundesrepublik zu geben, sowie bei Ihnen durch die - hoffentlich nicht allzu ermüdende - recht ausführliche Erörterung methodischer Fragestellungen - sofern überhaupt erforderlich - ein Gefühl dafür zu entwickeln, dass methodische Festlegungen die einzelnen Verteilungsergebnisse zum Teil nachhaltig zu beeinflussen vermögen.

Grundsätzlich bildet die Trennung in personelle versus funktionale Verteilungsgesichtspunkte ein allgemein übliches Differenzierungskriterium. Während mit der personellen Verteilung von Ressourcen die Aufteilung ökonomischer Ressourcen auf die (i. d. R. zu Haushalten zusammengefassten) Individuen einer Volkswirtschaft gemeint ist, wird dem Begriff der funktionalen Ressourcenverteilung die Aufteilung ökonomischer Ressourcen auf die einzelnen Produktionsfaktoren subsumiert.²

Bezüglich der gesetzlichen Rentenversicherung (gRV) stehen bei personeller Differenzierung primär Fragen nach dem Sicherungsniveau des einbezogenen Personenkreises - d. h. mikroökonomische Fragen -, bei funktionaler Differenzierung demgegenüber primär Finanzierungsaspekte - d. h. makroökonomische Fragestellungen - im Vordergrund der Betrachtung. Ich beginne zwar mit der funktionalen Verteilung, werde allerdings anschließend meinen Vortrag primär auf das personelle Verteilungsgeschehen beziehen.

² Vgl. etwa Woll 1984, S. 225.

2.1 Funktionale Verteilung ökonomischer Ressourcen

Im Rahmen von Aspekten, die mit der funktionalen Ressourcenverteilung zusammenhängen, erfolgt üblicherweise eine weitere Einschränkung auf die ökonomische Ressource Einkommen, genauer gesagt: auf das Volkseinkommen³. Bei Betrachtung lediglich der Produktionsfaktoren Kapital und Arbeit lassen sich eine Profit- und eine Lohnquote voneinander abgrenzen: Während die Profitquote den Anteil der Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen am Volkseinkommen angibt, ist die Lohnquote (L/Y) als Anteil der Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit⁴ am Volkseinkommen definiert:

$$(1) \quad L / Y = l \cdot A / p \cdot X$$

[mit: L = Lohnsumme, Y = Volkseinkommen, l = Lohnsatz, A = Arbeitsvolumen, p = Preisniveau, X = reales Sozialprodukt].

Die Lohnquote bleibt genau dann unverändert, wenn die Lohnsumme mit der gleichen Rate wie das Sozialprodukt wächst. In Wachstumsraten (w) ausgedrückt, gilt dann:

$$(2) \quad w_l + w_A = w_p + w_X.$$

Wegen des hohen Anteils der sozialversicherungspflichtigen Einkommenssumme an den Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit⁵ ist die Lohnquote auch für die Finanzsituation der gRV bedeutsam. So kann eine sinkende Lohnquote auf Finanzierungsschwierigkeiten der gRV hindeuten. Eine sinkende Lohnquote ergibt sich in Ausdruck (2), wenn man das Gleichheits- durch ein „Kleiner als“-Zeichen ersetzt. Aus dem resultierenden Ausdruck ist nach Umformung ableitbar, dass die Lohnquote beispielsweise dann fällt, wenn der Nominallohnzuwachs (w_l) geringer als die Summe aus Inflationsrate (w_p) und Zunahme der Arbeitsproduktivität ($w_X - w_A$) ausfällt:

$$(3) \quad w_l < w_p + w_X - w_A.$$

Eine sinkende Lohnquote hat allerdings nur in bedingtem Maße negative finanzielle Konsequenzen für die gRV. So ist aus Ausdruck (3) ableitbar, dass die Lohnquote auch bei steigender Beschäftigung rückläufig sein kann, und zwar dann, wenn das Reallohnwachstum hinter dem Produktivitätsfortschritt zurückbleibt. In diesem Fall steigt aber die in der gRV beitragspflichtige Einkommenssumme. Problematischer für die gRV ist hingegen eine Konstellation, der gemäß die Lohnquote sinkt, weil die Beschäftigung zurückgeht und die Löhne

³ Bruttosozialprodukt minus Abschreibungen und indirekten Steuern abzüglich Subventionen. Das Volkseinkommen setzt sich aus den Komponenten Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit sowie Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen zusammen.

⁴ Bruttolohn- und -gehaltssumme zuzüglich Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung

⁵ Neben den Arbeitseinkommen der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten sind die Arbeitseinkommen der nicht sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, die Einkommen oberhalb der Beitragsbemessungsgrenze, jene

nur moderat steigen. In diesem Falle müssen (ceteris paribus) gegebene Rentenausgaben aus einer verringerten Einkommenssumme finanziert werden.

Auch anhand des jüngsten Prognos-Gutachtens zur langfristigen Entwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung⁶ wird die Relevanz der Lohnquote für die Finanzsituation der gRV relativiert. Dem Prognos-Gutachten gemäß liegt die Lohnquote im günstigeren Modellszenario niedriger als im ungünstigeren Szenario. Dies ist auf den stärkeren Anstieg der Arbeitskosten (inklusive der Sozialabgaben) im ungünstigeren Modellszenario zurückzuführen. Dennoch wachsen in beiden Gutachtensvarianten Nettolöhne und -gehälter und in der Folge die Nettolohn- und -gehaltssummen, was auf den - vorwiegend demographisch bedingten - Anstieg der Sozialabgabensätze dämpfend einwirkt.⁷

Die bundesdeutsche Entwicklung der (unbereinigten) Lohnquote zeigt bis Anfang der 80er Jahre einen markanten Anstieg sowie anschließend eine rückläufige Tendenz. Diese Entwicklung ist durch konjunkturelle Aspekte überlagert. So ist etwa in konjunkturellen Schwächephasen üblicherweise ein vorübergehender Anstieg der Lohnquote zu verzeichnen. Eine Bereinigung der Lohnquote um die Veränderung des Anteils der abhängig Beschäftigten zeigt darüber hinaus, dass ein Großteil des Lohnquotenanstiegs bis zu den 70er Jahren auf diesen Struktureffekt - d. h. auf steigende Anteile der abhängig Beschäftigten bzw. sinkende Anteilswerte der Selbständigen an allen Erwerbstätigen - zurückzuführen ist.

2.2 Personelle Verteilung ökonomischer Ressourcen

Die funktionale Sichtweise war lange Zeit in der Ökonomik eindeutig dominierend. Die personelle Ressourcenverteilung wurde demgegenüber als soziologischer Untersuchungsgegenstand abgetan.⁸ Eine ökonomische Behandlung der personellen Einkommensverteilung etwa wurde als unnötig erachtet, weil sich mit Hilfe der funktionalen Gliederung ohne größeren Informationsverlust auf die personelle Einkommensverteilung schließen ließ; d. h. der Gruppe der Unternehmerhaushalte konnte der Verteilungsanteil des Faktors Arbeit vollständig zugerechnet werden, während der Gruppe der Arbeitnehmerhaushalte der Verteilungsanteil des Faktors Arbeit vollständig zugeordnet werden konnte.⁹ Diese Sichtweise erwies sich im Laufe des 20. Jahrhunderts aber zunehmend als problematisch. Vermögenspolitische Maßnahmen etwa führten dazu, dass die Gruppe der Arbeitnehmerhaushalte ihr Einkommen

aus geringfügigen nicht-sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen sowie die Sozialbeiträge in den Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit enthalten.

⁶ Vgl. Prognos-Gutachten 1998.

⁷ Vgl. hierzu Prognos-Gutachten 1998, S. 52-60.

⁸ Vgl. Krupp 1968, S. 23.

⁹ Vgl. etwa Ramser 1987, S. 4, oder Atkinson 1983, S. 2.

nicht mehr ausschließlich aus dem Faktor Arbeit, sondern zu einem bestimmten - wenn auch bescheidenen - Teil auch aus dem Faktor Kapital bezog.¹⁰

Dem Bedeutungsgewinn der personellen Ressourcenverteilung war zudem die Verbreitung der Keyneschen Theorie - trotz deren Makroorientierung - dienlich. Die „Keynessche Revolutionierung der Ökonomik“ rückte die güterwirtschaftliche Nachfrage und damit die Verwendungsseite ökonomischer Ressourcen in den Mittelpunkt des ökonomischen Interesses, was die Beschäftigung mit disaggregierten Verteilungsansätzen förderte.¹¹

Nicht zuletzt wurde die Relevanz der personellen Differenzierungsvariante in der jüngeren Vergangenheit auch durch eine verbesserte - wenngleich in vielerlei Hinsicht immer noch unzureichenden - Grundlage an disaggregierten Datensätzen nachhaltig gestärkt.¹²

Für personelle Wohlstandsanalysen bieten sich mit den Konsumausgaben, dem Vermögen und dem Einkommen der Analyseeinheiten vorrangig drei alternative ökonomische Ressourcenbegriffe an.¹³ Die Verwendung der Konsumausgaben als Wohlstandsindikator wird mit vergleichsweise geringen zeitlichen Fluktuationen¹⁴ sowie generell mit der Entstehung von „purchasable benefits“ gerechtfertigt. Diese Konzeption stellt demgemäß auf die tatsächlich umgesetzte Kaufkraft ab, während sich das Vermögen und das Einkommen eines Wirtschaftssubjekts auf die potentielle Kaufkraft beziehen und insofern umfassender angelegt sind.¹⁵ Im Gegensatz zum Konsumausgabenkonzept umfassen sie nämlich auch den Nichtverbrauch einer Periode (d. h. die Ersparnis) und somit mögliche *zukünftige* Konsumausgaben.¹⁶

Während es für die Definition der Indikatoren des Privaten Verbrauchs und des verfügbaren Einkommens zumindest einigermaßen akzeptierte internationale Konventionen gibt, ist dies bezüglich der Definition des privaten Vermögens nicht annähernd der Fall. Im Unterschied zu den Volkseinkommensrechnungen sind Volksvermögensrechnungen im internationalen Maßstab deutlich weniger gut ausgebaut. Dies mag damit zusammenhängen, dass bei einer Bestandsgröße wie dem privaten Vermögen Aspekte der Verwertung, Nutzung, sozialen Absicherung wie auch der Verleihung von Macht¹⁷ intensiver zum Tragen kommen als bei einer Stromgröße wie dem privat verfügbaren Haushaltseinkommen, was die entsprechende Operationalisierung komplexer gestaltet. Bewertungsprobleme sowie eine insgesamt mangelhaf-

¹⁰ Vgl. hierzu z. B. Gröske 1985, S. 36-38.

¹¹ Vgl. hierzu z. B. Krupp 1967, S. 7, oder Krupp 1968, S. 23.

¹² Vgl. (auf die Einkommens- und Verbrauchsstichproben bezogen) Euler 1983, S. 200 (vgl. auch Krelle 1978, S. 31).

¹³ Vgl. Fischer 1992, S.239, oder Buhmann 1988, S. 6.

¹⁴ Vgl. Deaton/Case 1988, S. 37.

¹⁵ Vgl. hierzu Fischer 1992, S. 239-240.

¹⁶ Vgl. Atkinson 1983, S. 37.

¹⁷ Vgl. beispielsweise Folkers 1981, S. 30.

te Datenlage haben dazu geführt, dass das Vermögen in Wohlstandsanalysen eine eher nachgeordnete Rolle spielt.¹⁸

Am häufigsten als Wohlstandsindikator ist dagegen bis dato in Wohlstandsuntersuchungen das Einkommenskonzept verwendet worden.¹⁹ Vor allem in der Finanzwissenschaft existiert hierzu eine Jahrzehnte alte kontroverse Diskussion über ökonomisch-gehaltvolle Einkommensdefinitionen.²⁰ Die gebräuchlichste ökonomische Begriffsbestimmung definiert das Einkommen in einer bestimmten Periode als jenen Betrag, den eine analytische Bezugseinheit ausgeben könnte, ohne den Wert ihres Vermögens zu vermindern. Diese umfassende Definition wird als *Reinvermögenszuwachsttheorie* bezeichnet. Eine mögliche Alternative zu ihr stellt die *Quellentheorie* dar. Im Unterschied zur Reinvermögenszuwachsttheorie zielt sie auf die Regelmäßigkeit des Zuflusses ökonomischer Werte aus einer bestimmten Quelle ab.²¹

Ich werde mich in meinen nachfolgenden Betrachtungen - aufgrund ihres im Vergleich zum Verbrauchskonzept umfassenderen Begriffsinhalts - vorrangig auf die Indikatoren Vermögen und Einkommen beziehen.

Als Einkommensbegriff wird hierbei - in Anlehnung an die Quellentheorie des Einkommens - ein *nach* Steuern und *nach* Zahlung von Transfers definierter Nettoeinkommensbegriff verwendet.²²

In Bezug auf die zweite nachfolgend diskutierte ökonomische Ressource - das wirtschaftliche Vermögen - lassen sich grundsätzlich folgende Funktionen voneinander unterscheiden:²³

- Die Verleihung wirtschaftlicher und sozialer Macht (Machtfunktion),
- die Schaffung von Einkommenserzielungspotential (Verwertungsfunktion),
- die Nutzung in Form von Sachvermögen (Nutzungsfunktion),
- die Absicherung gegen Risiken (Sicherungsfunktion) sowie
- die Übertragung von Vermögen nach eigenem Willen auf andere Personen (Übertragungsfunktion).

Die Vielfalt der genannten Funktionen lässt erkennen, dass dem Besitz von Vermögen ein herausragender gesellschaftlicher Stellenwert zukommt. Aus welchen Bestandteilen sich das Gesamtvermögen allerdings zusammensetzen hat, ist einem äußerst heftigeren wissen-

¹⁸ Vgl. z. B. Buhmann 1988, S. 16-18. Eine neuere Ausnahme stellt die Untersuchung von Schломann 1992 zur Vermögensverteilung und privaten Altersvorsorge in der Bundesrepublik Deutschland dar.

¹⁹ Vgl. hierzu etwa - auf Steuergerechtigkeitsaspekte Bezug nehmend - Manser 1979, S. 223.

²⁰ Vgl. in diesem Kontext beispielsweise den von Parker/Harcourt 1969 herausgegebenen Sammelband "Readings in the Concept & Measurement of Income", in welchem verschiedene Einkommenskonzeptionen zur Diskussion gestellt sind.

²¹ Vgl. Andel 1992, S. 290-291.

²² Vgl. Atkinson 1983, S. 38.

schaftlichen Diskurs ausgesetzt. Es herrscht beispielsweise Uneinigkeit darüber, ob das Human- oder das Sozialvermögen sinnvolle Vermögenskomponenten sind. Eine eher negative Einschätzung in diesem Zusammenhang wird üblicherweise damit begründet, dass beide potentiellen Gesamtvermögensbestandteile das Kriterium der interpersonellen Veräußerbarkeit nicht bzw. nur unzureichend erfüllen.²⁴ Auch ist die Forschung vor zum Teil schwer überwindbare Bewertungsprobleme einzelner Vermögenskomponenten gestellt, und zwar stärker als bei den beiden anderen Wohlstandsindikatoren, bei denen zumindest die überwiegende Anzahl an Teilelementen mittels nachvollziehbarer Marktpreise vergleichsweise einfach bewertet werden kann. Hinzu kommt die schlechtere Datenlage hinsichtlich der Erfassung privaten Vermögens im Vergleich zum Privaten Verbrauch bzw. verfügbaren Haushaltseinkommen, was nicht zuletzt auf die - in Befragungen - (noch) größere Sensibilität der Interviewten bezüglich der Beantwortung vermögensbezogener Fragen im Vergleich zu den beiden anderen Wohlstandsindikatoren zurückzuführen ist. Alles in allem bleibt festzuhalten, dass allein die Deskription der Höhe und Verteilung privat gehaltenen Vermögens eine höchst komplexe Aufgabe ist.

Vermögensanalysen sind aus den genannten Gründen üblicherweise durch eine sehr pragmatische Operationalisierung des Vermögensbegriffes gekennzeichnet. Dies gilt auch für die nachfolgenden Ausführungen: Es werden lediglich empirische Aussagen zum Geld- sowie zum Haus- und Grundvermögen getroffen. Die Betrachtung des Gesamtvermögens bezieht sich überwiegend auf die - allenfalls um das Betriebsvermögen ergänzte - Summe aus den beiden vorstehend genannten Vermögensarten.

Auf einer weiteren Betrachtungsebene kann im Rahmen von Wohlstandsvergleichen zwischen den Ressourcen von Individuen und denjenigen weiter gefasster Untersuchungseinheiten wie etwa jenen einer Familie oder eines Haushalts unterschieden werden. Während die Ressourcen der Einzelperson vor allem für Fragen der Einkommensentstehung bzw. des Arbeitsangebotes von Interesse sind, erscheinen für Wohlstandsanalysen die Haushalts- bzw. die Familienressourcen prioritär, da in diesem Kontext die Frage nach der Aufteilung eines gemeinsam zur Verfügung stehenden Einkommens oder Vermögens evident wird.²⁵ Im Allgemeinen geht der Übergang von einer individuellen zu einer familien- bzw. haushaltsbezogenen Sichtweise mit einer geringeren Ungleichverteilung des Einkommens einher, sofern nicht extreme Annahmen in Bezug auf die Intra-Ressourcenallokation getroffen werden.²⁶ Die Bezugnahme auf die Haushaltsressourcen ist indes ihrerseits insofern nicht unproblema-

²³ Vgl. hierzu Folkers 1981, S. 30. Vgl. auch Fachinger 1998, S. 8.

²⁴ Vgl. z. B. die Ausführungen in Thiele 1998, S. 24-28.

²⁵ Vgl. Buhmann 1988, S. 18; vgl. auch Atkinson 1983, S. 47.

²⁶ Vgl. Fischer 1992, S. 237.

tisch, als die konkrete Operationalisierung der Einheit Familie bzw. Haushalt die Ergebnisse von Verteilungsstudien durchaus zu beeinflussen vermag.

Geht man davon aus, dass diese Operationalisierungsproblematik gelöst ist, stellt sich immer noch die Frage, in welcher soziodemographisch funktionalisierten Form die hier als Wohlstandsindikatoren genutzten Haushaltseinkommen bzw. Haushaltsvermögen in Verteilungsanalysen zu berücksichtigen sind. Bezüglich des Haushaltseinkommens kann hierbei in einer ersten Version auf das originäre Haushaltseinkommen Bezug genommen werden. Diese Sicht der Dinge ist für Wohlstandsanalysen allerdings wenig hilfreich, da bezüglich Größe und Struktur verschiedene Haushaltsgemeinschaften bei gleichem Einkommensniveau als gleichwertig erachtet und solcherart verschiedene Versorgungslagen - unzulässigerweise - als gleichrangig ausgewiesen werden. Demgegenüber finden in zwei weiteren Varianten demographische Elemente in die Einkommensdefinition über die Bezugnahme auf das Pro-Kopf-Einkommen oder die Normierung des Haushaltseinkommens mit einem auf den Bedarf des Haushalts abstellenden Divisor (einer so genannten Äquivalenzskala) Eingang. Im Hinblick auf die wohlstandsäquivalente Angleichung der betreffenden Analyseeinheiten stellt nach allgemeiner Überzeugung die Errechnung von Pro-Kopf-Wohlstandskennziffern keinen adäquaten Lösungsansatz dar.²⁷ Deren Verwendung endogenisiert zwar die Haushaltsgröße in Verteilungsanalysen, vermag aber andererseits soziostrukturelle Bedarfsunterschiede ebensowenig wie die Ersparnisse einer gemeinsamen Haushaltsführung (die so genannten Economies of scale) zu erfassen. Die Berücksichtigung derartiger Economies of scale - ebenso wie bedarfsbezogener Unterschiede zwischen den Wirtschaftssubjekten - ist durch die Zuweisung von Individualgewichten möglich, deren Werte zwischen denjenigen der Haushaltsvariante (ab dem zweiten Haushaltsmitglied: Individualgewichte von Null) und der Pro-Kopf-Version (Individualgewichte von Eins) liegen. Derartige Gewichte bilden eine so genannte *Äquivalenzskala*.²⁸ In concreto misst letztere die erforderliche prozentuale Erhöhung des Haushaltseinkommens bei Hinzukommen einer weiteren Person, und zwar unter der Bedingung, dass das Wohlstandsniveau des Haushalts gerade aufrechterhalten bleibt.²⁹ An-

²⁷ Eine gewisse Ausnahme bilden etwa Datta/Meerman 1980. Im Unterschied hierzu weist bereits Kleiman 1966, S. 38, anschaulich darauf hin, dass ein identisches durchschnittliches Pro-Kopf-Einkommensniveau für miteinander verglichene Gesellschaften in Abhängigkeit von der jeweiligen soziodemographischen Struktur zu beurteilen sei. Kleiman betont, dass ein und dasselbe durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen in einer zu einem großen Teil aus Kindern bestehenden Gesellschaft sinnvollerweise mit einem höheren Lebensstandard korrespondiere, als dies für eine sich in einem höheren quantitativen Maße aus Erwachsenen zusammensetzende Gesellschaft der Fall sei.

²⁸ Wenig überzeugend und empirisch weitgehend nicht haltbar erscheint in diesem Kontext eine Bemerkung von Datta/Meerman 1980, S. 405. Die beiden Autoren argumentieren, dass die soziodemographische Wohlstandsanpassung über Pro-Kopf-Kennziffern gegenüber der Verwendung alternativer Äquivalenzskalen zu vermutlich analogen Verteilungsergebnissen führe, weshalb das Rekurrenieren auf Pro-Kopf-Ziffern in Verteilungsanalysen ausreichend sei.

²⁹ Vgl. Hauser/Stubig 1985, S. 48. Vgl. in diesem Kontext auch die sehr anschaulichen Illustrationen des Äquivalenzkalenbegriffs in Bradbury 1991, Bradbury 1992a, Bradbury 1992b, Browning 1992, S. 1440-1446, oder Coulter/Cowell/Jenkins 1992. Vgl. auch Faik 1995 oder Faik 1997. Da in dieser Arbeit die Messung von Wohlstand und nicht jene von Wohlfahrt im Mittelpunkt steht, wurde die obige Äquivalenzskalendefinition auf den Wohlstandsbe-

ders ausgedrückt, stellt die - um die Economies of scale korrigierte - Summe der individuellen Bedarfsgewichte idealtypischerweise die (minimalen) relativen Kosten eines Haushalts dar, die zur Erreichung eines bestimmten Lebensstandards notwendig sind.³⁰ Üblicherweise wird daher in Analysen zur personellen Einkommensverteilung auf das Haushaltsnettoäquivalenzeinkommen abgestellt. Dies ist auch in meinen Ausführungen der Fall.

Zusätzlich kann man die den betreffenden Einkommensniveaus zugeordneten Haushalte unterschiedlich gewichten: entweder mit dem Gewicht Eins (d. h. als eine Einheit), mit der Zahl der Haushaltsmitglieder oder als m_0 Einheiten (entsprechend einer gewählten Bedarfskala).³¹ Während die beiden ersten Verfahren recht verbreitet sind, gilt dies für die dritte Variante nicht. Der Grund hierfür liegt darin, dass sie mit keiner anschaulichen, realen Analyseeinheit korrespondiert.³² Welche Gewichtungskonzeption man letztendlich auswählt, ist nicht zuletzt von der normativen Grundeinstellung des betreffenden Forschers abhängig. Beispielsweise steht hinter der Bezugnahme auf die Anzahl der Haushaltsmitglieder, mit deren Hilfe gewissermaßen *fiktiv* der Übergang von der haushalts- zur personenbezogenen Einkommensverteilung vollzogen wird, die Vorstellung, alle Haushaltsmitglieder hätten die gleiche wohlstandsbezogene Relevanz.³³ Diese Sicht der Dinge liegt den meisten der nachfolgend präsentierten empirischen Befunden zur personellen Einkommensverteilung zugrunde; d. h. es wird auf das personengewichtete Nettoäquivalenzeinkommen Bezug genommen. In Bezug auf das privat gehaltene Vermögen wird demgegenüber primär auf das ungewichtete Gesamtvermögen eines Haushalts abgestellt; allenfalls wird an einzelnen Stellen auf das personengewichtete Pro-Kopf-Vermögen rekurriert. Bedarfsaspekte und damit Normierungen mittels einer Äquivalenzskala bleiben bei den Vermögensanalysen deshalb unberücksichtigt, weil beim Vermögen die Verwertungsfunktion - wie oben dargelegt - nur eine von vielen Funktionen bildet.

riff bezogen. Betrachtet man analytisch auch immaterielle Komponenten individuellen Wohlergehens, so kann die obige Skalenbegriffsbestimmung ohne weiteres auch auf die Untersuchung haushaltsbezogener *Wohlfahrtsniveaus* ausgedehnt werden.

³⁰ Vgl. Muellbauer 1977, S. 460.

³¹ Vgl. Atkinson 1983, S. 52.

³² Eine Begründung für die Verwendung von m_0 Gewichten könnte allerdings gegebenenfalls darin bestehen, daß auf Hochrechnungsanalysen mit Äquivalenzeinkommensgrößen verwiesen würde, da in diesem Kontext über die Äquivalenzeinkommengewichtung mit m_0 Einheiten korrekte Makroeinkommensgrößen gewinnbar sind (vgl. Buhmann 1988, S. 21).

³³ Vgl. Jenkins 1991, S. 9.

3. Empirische Befunde zur personellen Einkommensverteilung

Will man einen Bezug der personellen Einkommensverteilung, d. h. der Verteilung aller Einkunftsarten (und nicht nur der Renteneinkommen), zur gRV herstellen, bieten sich primär zwei Betrachtungsebenen an: Zum einen die Verteilung der Einkommen in der Gruppe der Älteren sowie zum anderen die Gesamtverteilung der Einkommen unter dem speziellen Blickwinkel des Verhältnisses zwischen jüngeren und älteren Generationen.

Zur Frage nach der Verteilung der Einkommen in der Gruppe der Älteren lassen sich Befunde vorrangig anhand zweier Datenquellen gewinnen: Anhand einer seit 1986 bislang dreimal von Infratest Sozialforschung im Zusammenwirken mit dem BMA durchgeführten Untersuchung - der so genannten ASID-Erhebung³⁴ sowie anhand der seit 1962/63 in fünfjährigem Abstand bislang siebenmal durchgeführten Einkommens- und Verbrauchsstichproben des Statistischen Bundesamtes.

Die ASID-Untersuchung umfasst die Bevölkerung ab 55 Lebensjahren und stellt Informationen über Art und Höhe von Einkommen auf der Personen- und der Ehepartnerebene bereit.³⁵ Als ein Hauptergebnis ergibt sich in diesem Kontext, dass in Westdeutschland der Anteil des durchschnittlichen Nettoeinkommens der betrachteten Frauen bei 58% des männlichen Bezugswertes und in Ostdeutschland bei 79% liegt. Die Nettoeinkommen der ostdeutschen Rentner liegen bei 69% des Westniveaus; bei den Frauen macht der durchschnittliche Ostwert 94% des durchschnittlichen Westwertes aus.³⁶

Die vorstehenden Durchschnittswerte blenden den Haushaltszusammenhang aus. Fasst man die Nettoeinkommen von Ehepaaren zusammen, so zeigen die ASID-Ergebnisse für 1995, dass in den alten Ländern Ehepaare mit einem Ehemann ab 65 Lebensjahren durchschnittlich über fast 3.800 DM im Monat verfügten. Dieser Betrag liegt um ca. 1.000 DM höher als das Durchschnittseinkommen allein stehender älterer Männer. Berücksichtigt man allerdings die unterschiedliche Personenanzahl beider Haushaltstypen, so ist bei Zugrundelegung der so genannten OECD-Äquivalenzskala (d. h. bei Verwendung einkommensbezogener Teiler in Höhe von 1,00 für Alleinstehende sowie von 1,70 für Ehepaare) die durchschnittliche wirtschaftliche Lage der zusammenlebenden Ehegatten ungünstiger als jene der allein stehenden Männer zu beurteilen. Gegenüber den Gruppen der geschiedenen und der ledigen Frauen bzw. Witwen ist sie hingegen besser. In den neuen Ländern verfügen Ehepaare durchschnittlich über ca. 3.100 DM im Monat, was 83% des westdeutschen Vergleichswertes entspricht. Normiert man auch an dieser Stelle die unterschiedlichen Einkom-

³⁴ ASID = Alterssicherung in Deutschland

³⁵ Vgl. BMA 1997, S.3.

menswerte als Folge der unterschiedlichen Haushaltsgrößen, so bedeutet der erwähnte ostdeutsche Durchschnittsbetrag eine schlechtere (durchschnittliche) wirtschaftliche Lage gegenüber den allein stehenden Männern und den Witwen, aber eine bessere (durchschnittliche) wirtschaftliche Position gegenüber den ledigen und den geschiedenen Frauen.³⁷

Wie in den ASID-Untersuchungen zeigt sich auch auf Basis der aktuellsten Einkommens- und Verbrauchsstichprobe aus dem Jahre 1993 für Rentnerhaushalte die *überwältigende* Dominanz von GRV-Renten. Im früheren Bundesgebiet machen sie bei den Einpersonarentnerhaushalten 69% und bei den Zweipersonarentnerhaushalten 59% des durchschnittlichen Haushaltsbruttoeinkommens aus. In Ostdeutschland war 1993 die relative Bedeutung der GRV-Rentenzahlungen bei Bruttoeinkommensanteilen von 87% bei den Einpersonarentnerhaushalten und 71% bei den Zweipersonarentnerhaushalten erwartungsgemäß noch größer als im Westen Deutschlands.

Gegenüber dem westdeutschen Vergleichswert liegt bei den ostdeutschen Rentnerhaushalten der Anteil des durchschnittlichen Haushaltsbrutto- wie -nettoeinkommens sowohl bei den Ein- als auch bei den Zweipersonarentnerhaushalten jeweils bei ca. 70%. Unterstellt man wieder die OECD-Bedarfsskalierung zwischen Ein- und Zweipersonenhaushalten, so zeigt sich auf der Ebene normierter Haushaltsnettoeinkommen in Westdeutschland bei monatlichen Durchschnittsbeträgen von jeweils ca. 2.310 DM eine näherungsweise wirtschaftliche Gleichstellung zwischen Ein- und Zweipersonarentnerhaushalten; in Ostdeutschland fällt die Differenz aus den normierten Durchschnittsbeträgen von 1.625 DM bzw. 1.655 DM nur schwach zugunsten der Zweipersonarentnerhaushalte aus.³⁸

Die bisherigen Ausführungen bezogen sich auf die Einkommensverteilung innerhalb der älteren Bevölkerungsgruppen. Im Hinblick auf die Beurteilung des Miteinanders der Generationen ist indes die oben erwähnte zweite Sichtweise angebracht, die die Einkommen der Älteren denen der Jüngeren gegenüberstellt. Neuere wissenschaftliche Erkenntnisse zeigen in diesem Zusammenhang für den Zeitraum von 1969 bis 1995, dass in den alten Bundesländern Haushalte mit einer sehr jungen Bezugsperson bis einschließlich 24 Lebensjahren bei Anteilswerten zwischen ca. 70 und ca. 90% durchgängig eine unterdurchschnittliche relative Wohlstandsposition aufwiesen.³⁹ Die relative Wohlstandsposition ist hierbei als Anteil des altersgruppenspezifischen Durchschnittswertes für das normierte Haushaltsnettoeinkommen am durchschnittlichen normierten Haushaltsnettoeinkommen aller Haushalte berechnet. Bei der Interpretation des vorgenannten Befundes ist zu beachten, dass es sich um

³⁶ Vgl. BMA 1997, S.17-20.

³⁷ Vgl. BMA 1997, S.21; z. T. eigene Berechnungen.

³⁸ Vgl. Statistisches Bundesamt 1997, Tabelle 1 auf S.27; z. T. eigene Berechnungen.

³⁹ Vgl. hierzu Hauser/Becker/Faik/Schwarze 1997, S.34a.

zeitpunktbezogene Ergebnisse handelt. Junge Personen befinden sich häufig noch in der Ausbildung und beziehen unterdurchschnittliche Einkommen. Typischerweise erhöhen sich ihre Einkommen im Zeitablauf, so dass bei einer Betrachtung der lebensdurchschnittlichen Einkommenshöhe die Wohlstandsposition der betreffenden Personengruppen günstiger zu beurteilen wäre.

Für Haushalte mit einer Bezugsperson im Alter zwischen 25 und 54 Lebensjahren ergaben sich durchgängig nur geringe Abweichungen von der 100-Prozent-Marke; ihre relative Wohlstandsposition war daher durchschnittlich. Größtenteils überdurchschnittlich war hingegen die relative Wohlstandsposition der Haushalte mit einer 55- bis 64jährigen Bezugsperson. Für die Haushalte mit einer 65jährigen oder älteren Bezugsperson lag die relative Wohlstandsposition durchgängig leicht unterhalb des Durchschnitts. Insgesamt ist jedoch für Westdeutschland eine zumindest nicht markant schlechtere Wohlstandsposition für die Älteren im Vergleich zu den Jüngeren festzuhalten.

In den neuen Ländern gab es von 1991 bis 1995 für die Haushalte mit einer unter 65jährigen Bezugsperson jeweils nur geringfügige Abweichungen vom Durchschnitt. Für die Haushalte mit einer 65jährigen oder älteren Bezugsperson war demgegenüber im Jahre 1991 die relative Wohlstandsposition mit 85% deutlich unterdurchschnittlich; sie erhöhte sich jedoch im Zeitablauf über 93% im Jahre 1993 bis auf 102% im Jahre 1995. Die Einkommen der Altenhaushalte Ostdeutschlands nähern sich folglich an den ostdeutschen Gesamtdurchschnittswert an.⁴⁰ Aus den Befunden für alte und neue Länder kommt zum Ausdruck, dass Altenhaushalte in der Bundesrepublik Deutschland eine in etwa durchschnittliche (in Westdeutschland leicht unterdurchschnittliche) Wohlstandsposition aufweisen. Ihnen geht es daher im Durchschnitt nicht schlechter als den jüngeren Generationen. Dies kann als Erfolg der verschiedenen Alterssicherungssysteme verbucht werden.

Während sich die vorgenannten Aussagen auf den gesamten Einkommensbereich bezogen, werden in anderen Studien spezielle Verteilungsabschnitte gezielt untersucht. In diesem Zusammenhang spielt die sozialpolitisch brisante Armutsproblematik eine besondere Rolle. Dies gilt vorrangig dann, wenn man Armut als relative Einkommensarmut im Sinne eines bestimmten Prozentsatzes des durchschnittlichen normierten Haushaltsnettoeinkommens (z. B. 50%) abgrenzt. Auf diese Weise ergeben sich Hinweise auf die Größenordnung der Armutsbevölkerung. Hierbei ist festgestellt worden, dass in der Bundesrepublik für lange Zeit Altersarmut die wesentlichste Ursache von relativer Einkommensarmut war und besonders die Gruppe der Frauen betraf. Konträr zum Wiederanstieg der auf die Gesamtbevölkerung

⁴⁰ Vgl. hierzu Hauser/Becker/Faik/Schwarze 1997, S.34-35.

bezogenen Armutsquoten seit Beginn der achtziger Jahre⁴¹ verminderte sich die Bedeutung der Altersarmut zusehends. Zwar ist das Problem der Altersarmut weiterhin in der Bundesrepublik existent, sein Ausmaß hat sich indes im Zeitablauf offenkundig verringert.⁴²

Dies ergibt sich auch, wenn man sich auf die so genannte „bekämpfte“ Einkommensarmut bezieht; d. h. wenn man Armut mit dem Bezug von Sozialhilfe gleichsetzt. Im Zeitverlauf ist die Anzahl der Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen nach dem BSHG in beiden Teilen Deutschlands tendenziell gestiegen. Ferner zeigt sich bei einer Betrachtung der altersbezogenen Zusammensetzung der Sozialhilfeempfänger ein Bedeutungsrückgang der älteren Jahrgänge sowie Anteilsanstiege für jüngere Empfängergruppen. Plakativ kann man festhalten, dass in der (westdeutschen) Vergangenheit Armut insbesondere für die Personengruppe der alten Frauen ein Problem darstellte, während gegenwärtig eher von einer Infantilisierung der Armut gesprochen werden kann.⁴³

4. Empirische Befunde zur personellen Vermögensverteilung

Ehe ich auf Vermögensverteilungsergebnisse eingehen werde, sei zunächst ein grober Eindruck von der verfügbaren „Verteilungsmasse“ gegeben: Nach Schätzungen der Deutschen Bundesbank betrug das gesamte Bruttovermögen, welches zu Beginn der neunziger Jahre direkt von privaten Haushalten und Organisationen ohne Erwerbszweck in den alten Ländern gehalten wurde, etwa 9,5 Billionen DM. Es setzte sich zu mehr als der Hälfte aus Haus- und Grundvermögen, zu etwas mehr als einem Zehntel aus Gebrauchsvermögen und zu gut einem Drittel aus Geldvermögen zusammen. Diesen Vermögenswerten standen Verbindlichkeiten in Höhe von 13 % des privaten Bruttovermögens gegenüber, so dass sich nach Abzug der Verbindlichkeiten ein Nettovermögen in Höhe von ca. 8,3 Billionen DM ergab. Gegenüber 1980 war dies - nominal betrachtet - mehr als das Doppelte, gegenüber 1970 gar mehr als das Sechsfache.⁴⁴ Rechnet man zu den genannten Vermögenswerten noch die Anteile der privaten Haushalte am Unternehmensvermögen hinzu, so resultiert für Westdeutschland eine Größenordnung von 11 bis 14 Billionen DM für das privat gehaltene Vermögen, was immerhin dem Vier- bis Fünffachen des westdeutschen Bruttoinlandsprodukts gleichkommt.⁴⁵ Diese Größenverhältnisse verdeutlichen m. E. eindrucksvoll die sozialpolitische Relevanz des privaten Vermögens in Deutschland.

Als erstes wird im Folgenden auf die private Geldvermögensverteilung und ihre zeitlichen Veränderungen eingegangen. In diesem Zusammenhang weisen - zugegebenermaßen et-

⁴¹ Vgl. z. B. Becker 1999, S. 214.

⁴² Vgl. Hauser 1997, S.55.

⁴³ Vgl. Gebhardt/Thiede 1997.

⁴⁴ Vgl. Deutsche Bundesbank 1993, S. 31.

was veraltete - Berechnungen des Statistischen Bundesamtes auf Basis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1988 aus, dass das untere Viertel aller westdeutschen Privathaushalte lediglich knapp 2 % des gesamten Bruttogeldvermögens innehatte. Demgegenüber verfügten die oberen 1 % aller Haushalte über fast 15 % des gesamten Bruttogeldvermögens. Die Ungleichverteilung des privaten Nettogeldvermögens war noch größer⁴⁶, was auf die negative Korrelation zwischen Bruttogeldvermögen und Verschuldungsquote zurückzuführen ist. Ergänzend hierzu indizieren weitere Ungleichheitsbefunde des Statistischen Bundesamtes auf Basis weiter zurückliegender Einkommens- und Verbrauchsstichproben, dass sich die Ungleichverteilung des (erfassten) privaten westdeutschen Nettogeldvermögens in den siebziger und achtziger Jahren schrittweise - wenngleich jeweils nur schwach ausgeprägt - erhöht hat.⁴⁷

Auch Befunde anderer Untersuchungen gehen in diese Richtung. Schlomann z. B. ermittelte auf Basis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1983 für das westdeutsche Nettogeldvermögen eine (allerdings nur geringfügig) niedrigere Ungleichverteilung des privat gehaltenen Geldvermögens im Vergleich zu dem von Hauser/Becker/Faik/Schwarze präsentierten Ungleichheitsbefunden auf Basis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1988, was - wie die einzelnen Befunde zeigen - in erster Linie auf Ungleichheitsanstiege bei den Sparguthaben und bei den Bausparguthaben zurückzuführen ist.⁴⁸

Auf Basis der neuesten der Wissenschaft zugänglichen Einkommens- und Verbrauchsstichprobe aus dem Jahre 1993 spiegeln vorläufige Ergebnisse - präzisere Analysen sind m. W. an der Professur Hauser in Frankfurt/Main „in Arbeit“ - zum einen eine höhere Geldvermögensungleichverteilung in West- gegenüber Ostdeutschland wider.⁴⁹ Zum anderen sind im Zeitvergleich von 1988 und 1993 für Westdeutschland die errechneten Ungleichheitswerte sowohl auf der Brutto- als auch auf der Nettogeldvermögensebene leicht gesunken, was auf eine milde Abschwächung der Geldvermögensungleichverteilung zwischen 1988 und 1993 hindeutet.⁵⁰ Insgesamt lassen die vorliegenden Befunde allerdings vermuten, dass sich die bundesdeutsche Geldvermögensungleichverteilung seit den siebziger Jahren zumindest nicht wesentlich verändert hat. Angesichts der Tatsache, dass die Einkommens- und Verbrauchsstichproben den oberen Verteilungsrand nur unzureichend berücksichtigen⁵¹, trifft die vorgenannte Aussage in erster Linie nur auf den unteren und mittleren Bereich der privaten Geldvermögensverteilung zu.

⁴⁵ Vgl. Hauser/Becker/Faik/Schwarze 1998, S. 447.

⁴⁶ Vgl. Statistisches Bundesamt 1991, S. 24*-25*.

⁴⁷ Vgl. hierzu Statistisches Bundesamt 1986, S. 20-21.

⁴⁸ Vgl. Schlomann 1992, S. 144 (für 1983), und Hauser/Becker/Faik/Schwarze 1998, Tabelle 3.8 auf S. 469 (für 1988). Vermögensbezogene Ungleichheitsbefunde auf Basis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1988 finden sich darüber hinaus in Grimm 1998 und in Thiele 1998.

⁴⁹ Vgl. hierzu DIW 1995, S. 439.

⁵⁰ Vgl. Hauser/Becker/Faik/Schwarze 1998, S. 468.

Die Ungleichverteilung des Haus- und Grundvermögens über alle Haushalte hinweg - d. h. unabhängig davon, ob ein Haushalt über Haus- und Grundvermögen verfügt oder nicht - ist in Deutschland stärker als jene des gesamten Geldvermögens ausgeprägt. Der Grund hierfür ist, dass nur etwa die Hälfte aller bundesdeutschen Privathaushalte Immobilienbesitzer sind, während fast jeder Haushalt Geldvermögen in der einen oder anderen Anlageform besitzt. Betrachtet man demgegenüber nur die Haushalte, die im Besitz der jeweiligen Vermögenskomponente sind, verringert sich zum einen die Ungleichverteilung des privaten Haus- und Grundvermögens deutlich. Zum anderen ist die Ungleichverteilung des Haus- und Grundvermögens nunmehr niedriger als etwa jene des Geldvermögens.⁵²

Die Gegenüberstellung der - allerdings nur teilweise vergleichbaren - Grundvermögensstudien von Schlomann für 1983 und von Mierheim/Wicke für 1973 legt die Schlussfolgerung nahe, dass die Ungleichverteilung des privaten Grundvermögens 1973 mindestens so hoch wie jene im Jahre 1983 war. Verglichen hiermit, ergab sich 1988 eine Verringerung der gemessenen Ungleichverteilung des westdeutschen Grundvermögens. Die Tendenz zu einer Verringerung der Ungleichverteilung des privaten Grundvermögens setzte sich in der Folge fort, wie Berechnungen von Hauser et al. für 1993 nahe legen. Die vorstehende Tendenz dürfte vorrangig die Folge der im Zeitablauf beobachteten Erhöhung der Wohneigentümerquote sein, welche wiederum maßgeblich auf die staatliche Wohnungsbau- und Wohneigentumsförderung sowie die Zunahme von Erbschaften entsprechender Vermögenswerte zurückzuführen sein dürfte.⁵³

In einem Ost-West-Vergleich zeigen vergleichsweise aktuelle Berechnungen eine höhere Ungleichverteilung des Bruttogrundvermögens in Ost- gegenüber Westdeutschland.⁵⁴ Diese resultiert nicht zuletzt daraus, dass die relativ schlechte Bausubstanz der ostdeutschen Gebäude eine starke Klumpung der Grundvermögenswerte im unteren Verteilungsbereich bewirkt, so dass zahlreiche niedrige Grundvermögenswerte einigen wenigen hohen Verkehrswerten gegenüberstehen.⁵⁵

Fügt man die vorstehenden Befunde zum Geldvermögen sowie zum Haus- und Grundvermögen dahingehend zusammen, dass man aus beiden Größen das Gesamtvermögen eines Haushalts bildet, so steht zu erwarten, dass die betreffende Verteilung wesentlich gleichmäßiger als etwa die Verteilung eines aus Geld-, Grund- und Betriebsvermögen zusammengesetzten Vermögensaggregats ist. Dies ergibt sich daraus, dass das Betriebsvermögen in Deutschland über alle Haushalte hinweg äußerst ungleich verteilt ist. Frühere, auf die sech-

⁵¹ Vgl. hierzu die umfangreichen Ausführungen in Fachinger 1998, S. 15-21.

⁵² Vgl. hierzu etwa Hauser/Becker/Faik/Schwarze 1998, S. 476.

⁵³ Vgl. DIW 1996a, S. 70-71.

⁵⁴ Vgl. Hauser et al. 1996, S. 173.

⁵⁵ Vgl. hierzu Schlomann/Faik 1997, S. 272-273; vgl. in diesem Kontext auch Hauser et al. 1996, S. 170.

ziger bzw. achtziger Jahre bezogene Untersuchungen erbrachten für die alte Bundesrepublik üblicherweise Betriebsvermögensanteile zwischen immerhin 65 und 75 % für die reichsten 2 % aller Privathaushalte.⁵⁶

Empirische Untersuchungen über die Verteilung des privaten Gesamtvermögens in Deutschland weisen - ungeachtet aller Unterschiede hinsichtlich der jeweiligen Vermögensoperationalisierung - als gemeinsames Ergebnis aus, dass das Nettovermögen wesentlich ungleicher als das Haushaltsnettoeinkommen verteilt ist.⁵⁷ Diese Diskrepanz dürfte nicht zuletzt aus der zu beobachtenden positiven Korrelation zwischen der Höhe des privat gehaltenen Vermögens und der korrespondierenden Durchschnittsrendite resultieren.⁵⁸ Die starke Ungleichverteilung des privaten Vermögens zeigt sich exemplarisch daran, dass im Jahre 1988 den vermögensstärksten 10 % der privaten westdeutschen Haushalte immerhin ca. 45 % des Nettogesamtvermögens zugeordnet waren. Im Unterschied hierzu hatten die unteren 50 % aller Privathaushalte lediglich 3 % des Nettogesamtvermögens inne.⁵⁹

Mierheim/Wicke errechneten auf Basis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1973 für das private Nettovermögen - unter Hinzurechnung von Schätzwerten für die nicht in der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe repräsentierten (vorrangig vermögensstarken) Haushalte - Ungleichheitswerte, die im Vergleich zu den sechziger Jahren niedriger lagen. Als Gründe für diese Abnahme der Ungleichverteilung des privat gehaltenen Vermögens führten sie die Einkommenserhöhungen für breite Teile der Bevölkerung und die hiermit verbundene Verbesserung der Sparmöglichkeiten auch der unteren bzw. mittleren Einkommensschichten an.⁶⁰

Aussagen zur zeitlichen Entwicklung der privaten Vermögensverteilung in Deutschland finden sich darüber hinaus bei Baron. Er hat Daten der Vermögensteuerstatistik von 1953 bis 1980 analytisch ausgewertet.⁶¹ Die Vermögensteuerstatistik ist allerdings nur für den oberen Teil der Vermögensverteilung (d. h. für die reichsten 3,4 % aller bundesdeutschen Privathaushalte) aussagekräftig.⁶² Barons Befunden zufolge erhöhte sich die Vermögensungleichverteilung tendenziell bis 1960, ehe sie - in Übereinstimmung mit Mierheim/Wickes Befund - bis 1972 der Tendenz nach rückläufig war. Anschließend folgten bis zum Ende der Beobach-

⁵⁶ Vgl. etwa Krelle/Schunck/Siebke 1968, S. 381, sowie Siebke 1971. Vgl. auch Schломann 1992, Tabelle 6.12 auf S. 158.

⁵⁷ Vgl. z. B. die Befunde von Schломann 1992; vgl. auch Hauser/Becker/Faik/Schwarze 1998, Abbildung 3.2a auf S. 510 und Abbildung 3.2b auf S. 511.

⁵⁸ Vgl. hierzu auch Faik/Schломann 1997, S. 122-123.

⁵⁹ Vgl. Hauser/Becker/Faik/Schwarze 1998, S. 490.

⁶⁰ Vgl. Mierheim/Wicke 1978, S. 272-273.

⁶¹ Vgl. Baron 1988.

⁶² Vgl. Fachinger 1998, S. 18.

tungsperiode (1980) keine nachhaltigen Veränderungen in der Ungleichverteilung des privaten Vermögens.⁶³

Ergänzend zu Barons Ergebnissen ergeben sich auch aus der Gegenüberstellung der Einkommens- und Verbrauchsstichproben von 1973 bis 1988 keine größeren Ungleichveränderungen; es wird allenfalls eine sehr schwache Tendenz zur Verminderung der Vermögensungleichverteilung sichtbar. Für die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1993 existieren m. W. noch keine Befunde zur Ungleichverteilung des Gesamtvermögens. Die beim Haus- und Grund- sowie beim Geldvermögen zwischen 1988 und 1993 in Westdeutschland zu beobachtenden Ungleichverminderungen deuten darauf hin, dass die Ungleichheit in der Verteilung des privaten westdeutschen Gesamtvermögens (in der Definition als Summe aus Geld- und Grundvermögen) zwischen 1988 und 1993 (zumindest im unteren und mittleren Verteilungsabschnitt) rückläufig war. Als problematisch in Bezug auf die obigen Aussagen erweist sich allerdings, dass die Vermögensdefinitionen in den einzelnen Untersuchungen nicht vollständig deckungsgleich sind.⁶⁴

Weitere interessante Einblicke in die Verteilung des privat gehaltenen bundesdeutschen Vermögens ergeben sich aus einer personenbezogenen Kreuztabellierung verschiedener Nettogesamtvermögensklassen mit relativen Äquivalenzeinkommensklassen⁶⁵. Zum einen ist in dieser Perspektive anhand der Randverteilungen eine deutlich stärkere Ungleichverteilung des Gesamtvermögens gegenüber dem Haushaltsnettoäquivalenzeinkommen zu erkennen. 1988 beispielsweise wiesen 8,9 % aller westdeutschen Personen ein Äquivalenzeinkommen von weniger als 50 % des betreffenden Durchschnittswertes auf, während dies beim Pro-Kopf-Vermögen immerhin 50,3 % aller westdeutschen Personen waren. Zum anderen kann untersucht werden, wie viele Personen sowohl ein Einkommens- als auch ein Vermögensniveau von weniger als 50 % des jeweiligen Gesamtdurchschnitts aufweisen. Deren Lage kann aus sozialpolitischem Blickwinkel heraus als besonders prekär bezeichnet werden. 1988 z. B. waren immerhin 7,7 % aller westdeutschen Personen in einer derartigen Lage.⁶⁶

Setzt man im Rahmen einer weiteren Betrachtung das Pro-Kopf-Nettogesamtvermögen in Relation zum Nettoäquivalenzeinkommen, so ergibt sich auch für dieses Verhältnis eine nennenswerte Ungleichverteilung. Beispielsweise wiesen 1988 26,6 % aller westdeutschen Personen ein im Vergleich zum Haushaltsnettoeinkommen nur maximal halb so hohes Net-

⁶³ Vgl. hierzu Baron 1988.

⁶⁴ Vgl. Hauser/Becker/Faik/Schwarze 1998, S. 488-489.

⁶⁵ Zur Operationalisierung des Haushaltsnettoäquivalenzeinkommens wurde im obigen Zusammenhang die so genannte OECD-Skala verwendet; sie setzt sich aus folgenden Bedarfsgewichten zusammen: Haushaltsvorstand: 100 %; weitere Haushaltsmitglieder: 14 Jahre oder jüngere Person: 50 %, 15 Jahre oder ältere Person: 70 %. Das auf die vorstehende Weise ermittelte Haushaltsnettoäquivalenzeinkommen wurde in einem nächsten Schritt durch das gesamt durchschnittliche Nettoäquivalenzeinkommen dividiert und anschließend klassifiziert (vgl. Hauser/Becker/Faik/Schwarze 1998, S. 336-337 und S. 343).

⁶⁶ Vgl. Hauser/Becker/Faik/Schwarze 1998, S. 502.

togesamtvermögen auf; für diesen Personenkreis ergibt sich bei Einkommensausfall als Folge von Arbeitslosigkeit, Krankheit, Erwerbsunfähigkeit oder Alter nur eine sehr eingeschränkte zusätzliche Sicherungsfunktion durch vorhandenes Vermögen. Demgegenüber verfügten 1988 immerhin 34,5 % aller westdeutschen Personen über ein Nettogesamtvermögen von mindestens dem Fünffachen des Haushaltsnettoeinkommens.⁶⁷

5. Schlussbetrachtung

Die vorstehenden Ausführungen machen deutlich, dass die privaten Einkommen, insbesondere aber die privaten Vermögensbestände in einem überaus hohen Maße auf wenige Haushalte bzw. Personen konzentriert sind. Ähnliche Befunde ergeben sich auch aus anderen Länderstudien.⁶⁸ In zeitlicher Perspektive legen die - allerdings nur bedingt aussagekräftigen - vorliegenden Befunde in Bezug auf die private Vermögensverteilung seit Ende der siebziger Jahre nur geringfügige Ungleichheitsveränderungen nahe; hinsichtlich der personellen Einkommensverteilung hingegen hat sich seit Ende der siebziger Jahre das Ausmaß der Ungleichheit kontinuierlich erhöht. Es ist bei den personellen Einkommen eine gewisse Polarisierungstendenz erkennbar: Gestiegene Armutsquoten gehen mit Anteilsanstiegen für die Gruppe der (Einkommens-)„Reichen“ einher.⁶⁹

Die starken Ungleichheiten in der Verteilung der privaten Einkommen bzw. Vermögen müssen berücksichtigt werden, wenn man Vorschläge diskutiert, denen zufolge die bundesdeutsche Altersabsicherung in deutlich stärkerem Maße als bislang auf dem Besitz bzw. Erwerb privater Vermögensbestände gründen soll. Der Blick auf die Durchschnittswerte der privaten Vermögensbestände könnte in der Tat zu einer derartigen Schlussfolgerung verleiten. Unter Berücksichtigung des Faktums, dass einige gesellschaftliche Gruppen nur ein geringes Vermögen besitzen, welches darüber hinaus innerhalb der einzelnen Gruppen noch sehr ungleich verteilt ist, ergibt sich hingegen eine andere Sichtweise. Die Betroffenen - etwa Alleinerziehende oder Arbeitslose und ihre Angehörigen - erscheinen bei zunehmender Substitution staatlicher Altersvorsorge durch private Eigenvorsorge im Alter nur unzureichend abgesichert.⁷⁰ Insbesondere für Ostdeutschland, wo die privaten Vermögensbestände nur Bruchteile der westdeutschen Vergleichswerte ausmachen, erscheint die Idee einer verstärkten Nutzung privaten Vermögens im Alter äußerst problematisch.⁷¹ Selbst die verbreitete - auf der Haushaltsebene mittels Daten der Einkommens- und Verbrauchsstichproben gewonnene - Vorstellung, Lebensversicherungen seien relativ gleichmäßig über die einzelnen Bevölke-

⁶⁷ Vgl. Hauser/Becker/Faik/Schwarze 1998, S. 506.

⁶⁸ Vgl. in diesem Kontext z. B. Wolff 1996. Vgl. auch Wolff 1995, S. 21-25.

⁶⁹ Vgl. Becker 1999, S. 214.

⁷⁰ Vgl. Ruland/Faik 1999, S. 24. Vgl. in diesem Zusammenhang auch die Ausführungen in Schmähl/Fachinger 1998, S. 32-33. Vgl. auch Bulmahn 1998, S. 27-28.

rungsschichten gestreut, hält einer näheren Überprüfung nicht stand. Dies haben jüngste Berechnungen auf der Personenebene mittels Daten des Mikrozensus 1995 gezeigt.⁷² Zwar hat sich z. B. die Versicherungssumme bundesdeutscher Direktversicherungen seit 1990 auf ein Gesamtvolumen von immerhin 240 Mrd. DM erhöht⁷³, d. h. mehr als verdoppelt, dies allerdings bei sehr ungleicher Verteilung.

Die private Vermögensverteilung dürfte auch künftig in Deutschland sehr ungleich verteilt sein. Es werden zwar in den kommenden Jahren erhebliche Vermögensbestände vererbt. So geht das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) von einem aktuellen bundesdeutschen Erbschafts- und Schenkungsvolumen in Höhe von 170 bis 200 Mrd. DM/Jahr beim Immobilienvermögen und in Höhe von 100 bis 120 Mrd. DM/Jahr beim zusammengefassten Geld- und Betriebsvermögen aus.⁷⁴ Von den korrespondierenden Erbschaften bzw. Schenkungen werden jedoch viele Haushalte kaum profitieren: Etwa ein Viertel aller bundesdeutschen Haushalte wird voraussichtlich nur geringfügige Vermögensbestände vererben.⁷⁵

Resümierend kann festgehalten werden, dass trotz nicht zu leugnender Anstrengungen der staatlichen Vermögenspolitik für beide Teile Deutschlands eine beträchtliche Ungleichverteilung des privat gehaltenen Vermögens - ebenso wie eine solche des privat gehaltenen Einkommens - nach wie vor Fakt ist.⁷⁶ Auch wenn man in Rechnung stellt, dass sich querschnittsbezogen festgestellte Ungleichheiten in einer Längsschnittbetrachtung⁷⁷ z. T. eineben würden, kann man wohl konstatieren, dass die personelle Vermögensverteilung Deutschlands noch weit von einem Zustand entfernt ist, den man unter der Bezeichnung der „gerechten Vermögensverteilung“ fassen könnte.

Die durchaus festzustellende Tendenz zur Privatisierung der Altersvorsorge verstärkt die soziale Ungleichheit.⁷⁸ Vor dem Hintergrund der bevorstehenden demographischen und mit hin finanziellen Belastungen traditioneller staatlicher Altersvorsorge erscheint zwar ein begrenzter, durch sozialpolitische Maßnahmen abgefederter Ausbau privater Altersvorsorge durchaus sinnvoll; in erster Linie sollte aber m. E. eine aktive Sozialpolitik in Richtung sozial ausgleichender Reformen *innerhalb* der bestehenden sozialen Altersvorsorgesysteme betrieben werden.⁷⁹

⁷¹ Vgl. Hauser/Becker/Faik/Schwarze 1998, S. 512.

⁷² Vgl. Bulmahn 1998, S. 3-4.

⁷³ Vgl. hierzu Bulmahn 1998, S. 12-13.

⁷⁴ Vgl. DIW 1996b, S. 503.

⁷⁵ Vgl. Schlomann 1992, S. 272-275.

⁷⁶ Zu einer entsprechenden - auf Westdeutschland bezogenen - Aussage vgl. z. B. bereits Roberts/Stiepelmann 1983, S. 211.

⁷⁷ Der Mangel an Längsschnittanalysen im Bereich der personellen Vermögensverteilung ist für die Bundesrepublik Deutschland vielfach beklagt worden (vgl. z. B. Fachinger 1998, S. 39). Eine Ausnahme jüngerer Datums bildet die Studie von Himmelreicher 1999.

⁷⁸ Vgl. z. B. Bulmahn 1998, S. 14-17.

⁷⁹ Vgl. auch Bulmahn 1998, S. 27-28.

Literaturverzeichnis

Andel, Norbert: Finanzwissenschaft, 3. Auflage, Tübingen 1992.

Atkinson, Anthony Barnes: The Economics of Inequality, 2. Auflage, New York.

Baron, Dietmar: Die personelle Vermögensverteilung in der Bundesrepublik Deutschland und ihre Bestimmungsgründe, Frankfurt am Main et al. 1988.

Becker, Irene: Zur Verteilungsentwicklung in den 80er und 90er Jahren. Gibt es Anzeichen einer Polarisierung in der Bundesrepublik Deutschland? Teil 1: Veränderungen der personellen Einkommensverteilung. In: WSI Mitteilungen, Heft 3/1999, S. 205-214.

Bradbury, B.: Who Needs How Much? In: SPRC Newsletter, No. 41 (1991), S. 1-3.

Bradbury, B.: Measuring the Cost of Children, SPRC Discussion Papers, No. 32, University of New South Wales, Kensington (Australien) 1992a.

Bradbury, B.: The Welfare Interpretation of Family Size Equivalence Scales, SPRC Discussion Paper, No. 37, University of New South Wales, Kensington (Australien) 1992b.

Browning, M.: Children and Household Economic Behavior. In: Journal of Economic Literature, Jg. 30 (1992), S. 1434-1475.

Buhmann, Brigitte: Wohlstand in der Schweiz. Eine empirische Analyse für 1982, Grüşch 1988.

Bulmahn, Thomas: Rette sich, wer kann? Die Krise der gesetzlichen Rentenversicherung und die Privatisierung der Altersvorsorge, WZB-Arbeitspapier FS III 98-406, Berlin 1998.

Bundesministerium für Arbeit und Sozialforschung (BMA): Alterssicherung in Deutschland 1995 (ASID '95) - Schnellbericht, Forschungsbericht 264-S, Bonn 1997.

Coulter, F. A. E./Cowell, F. A./Jenkins, S. P.: Differences in Needs and Assessment of Income Distributions. In: Bulletin of Economic Research, Jg. 44 (1992), S. 77-124.

Datta, G./Meerman, J.: Household Income or Household Income Per Capita in Welfare Comparisons. In: Review of Income and Wealth, Jg. 26 (1980), S. 401-418.

Deaton, Angus S./Case, A.: Analysis of Household Expenditures, Living Standards Measurement Study, Working Paper No. 28, World Bank, Washington (D. C.) 1988.

Deutsche Bundesbank: Monatsbericht Oktober 1993, Jg. 45, Nr. 10, Frankfurt am Main 1993.

- Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW): Die Vermögenseinkommen der privaten Haushalte 1994. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 25 (1995), S. 435-442.
- Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW): Immobilienvermögen der privaten Haushalte. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 4 (1996a), S. 61-72.
- Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW): Zur Neuregelung von Vermögen- und Erbschaftsteuer. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 30 (1996b), S. 497-506.
- Euler, Manfred: Die Einkommensverteilung und -entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland 1962-1978 nach Ergebnissen der Einkommens- und Verbrauchsstichproben. In: Konjunkturpolitik. Zeitschrift für angewandte Wirtschaftsforschung, Jg. 29 (1983), S. 199-228.
- Fachinger, Uwe: Die Verteilung des Vermögens privater Haushalte: Einige konzeptionelle Anmerkungen sowie empirische Befunde für die Bundesrepublik Deutschland, ZeS-Arbeitspapier Nr. 13/98, Universität Bremen 1998.
- Faik, Jürgen: Äquivalenzskalen. Theoretische Erörterung, empirische Ermittlung und verteilungsbezogene Anwendung für die Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1995.
- Faik, Jürgen: Institutionelle Äquivalenzskalen als Basis von Verteilungsanalysen. Eine Modifizierung der Sozialhilfeskala. In: Becker, Irene/Hauser, Richard (Hrsg.): Einkommensverteilung und Armut. Deutschland auf dem Weg zur Vierfünftel-Gesellschaft? Frankfurt am Main/New York 1997, S.13-42.
- Faik, Jürgen/Schlomann, Heinrich: Die Entwicklung der Vermögensverteilung in Deutschland. In: Reichtum in Deutschland. Die Gewinner in der sozialen Polarisierung, 2. Auflage, hrsg. von Ernst-Ulrich Huster, Frankfurt am Main/New York 1997, S. 89-126.
- Fischer, Ingo: Staatliche Einkommenssicherung und Niedrigeinkommenshaushalte. Ein institutioneller und empirischer Vergleich für die USA, Großbritannien und die Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt am Main/New York 1992.
- Folkers, Cay: Vermögensverteilung und staatliche Aktivität, Frankfurt am Main/Bern 1981.
- Gebhardt, Karen/Thiede, Reinhold: Armut im Alter: Gestern, heute ... und morgen? In: Die Angestelltenversicherung, Heft 11/1997, S.550-557.
- Grimm, Michael: Die Verteilung von Geld- und Grundvermögen auf sozio-ökonomische Gruppen im Jahr 1988 und Vergleich mit früheren Ergebnissen, EVS-Arbeitspapier Nr. 14, Universität Frankfurt am Main 1998.
- Grüske, Karl-Dieter: Personale Verteilung und Effizienz der Umverteilung. Analyse und Synthese, Göttingen 1985.

- Hauser, Richard: Vergleichende Analyse der Einkommensverteilung und der Einkommensarmut in den alten und neuen Bundesländern 1990 bis 1995. In: Becker, Irene/Hauser, Richard (Hrsg.): Einkommensverteilung und Armut. Deutschland auf dem Weg zur Vierfünftel-Gesellschaft? Frankfurt am Main/New York 1997, S.63-82.
- Hauser, Richard et al.: Ungleichheit und Sozialpolitik. Berichte zum sozialen und politischen Wandel in Ostdeutschland, Opladen 1996.
- Hauser, Richard/Becker, Irene/Faik, Jürgen/Schwarze, Johannes: Entwicklung und Verteilung von Einkommen und Vermögen der privaten Haushalte in Deutschland von 1969/70 bis 1995, Gutachten im Auftrag der Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen, Frankfurt am Main, 20.07.1997. Auch erschienen in: Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in Deutschland. Entwicklung, Ursachen und Maßnahmen, Anlageband zu Band 1: Entwicklung, Bewertung und Entlohnung von Erwerbsarbeit sowie Wirkungen der Globalisierung auf die Beschäftigung, hrsg. von der Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen, Bonn 1998, S. 321-547.
- Hauser, Richard/Stubig, Hans-Jürgen: Strukturen der personellen Verteilung von Nettoeinkommen und Wohlfahrtspositionen. In: Soziale Sicherung und Einkommensverteilung. Empirische Analysen für die Bundesrepublik Deutschland, hrsg. von Richard Hauser und Bernhard Engel, Frankfurt am Main/New York 1985, S. 41-97.
- Himmelreicher, Ralf K.: Westdeutsche Haushalte und ihr Vermögen. Eine Längsschnitt-Kohortenanalyse auf Datenbasis des SOEP (1985-1996), IKSF-Discussion Paper No. 18, Universität Bremen 1999.
- Jenkins, S. P.: The Measurement of Income Inequality. In: Economic Inequality and Poverty: International Perspective, hrsg. von Lars Osberg, New York/London 1991, S. 3-38.
- Kleiman, E.: Age Composition, Size of Households, and the Interpretation of Per Capita Income. In: Economic Development and Cultural Change, Jg. 15 (1966), S. 37-58.
- Krelle, Wilhelm: Introduction: The Theory of Personal Income Distribution. In: Personal Income Distribution, hrsg. von Wilhelm Krelle und Anthony F. Shorrocks, Amsterdam/New York/Oxford 1978, S. 1-32.
- Krelle, Wilhelm/Schunck, Johann/Siebke, Jürgen: Überbetriebliche Ertragsbeteiligung der Arbeitnehmer, Bd. 2, Tübingen 1968.
- Krupp, Hans-Jürgen: „Personelle“ und „funktionelle“ Einkommensverteilung. In: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Jg. 180 (1967), S. 1-35.

- Krupp, Hans-Jürgen: Theorie der personellen Einkommensverteilung. Allgemeine Grundzüge und verteilungspolitische Simulationen, Berlin 1968.
- Manser, M. E.: Comparing Households with Different Structures: The Problem of Equity. In: American Economic Review, Jg. 69 (1979), S. 222-226.
- Mierheim, Horst/Wicke, Lutz: Die personelle Vermögensverteilung in der Bundesrepublik Deutschland, Tübingen 1978.
- Muellbauer, John: Testing the Barten Model of Household Composition Effects and the Cost of Children. In: Economic Journal, Jg. 87 (1977), S. 460-487.
- Parker, R. H./Harcourt, G. C. (Hrsg.): Readings in the Concept & Measurement of Income, Cambridge 1969.
- Prognos-Gutachten: Auswirkungen veränderter ökonomischer und rechtlicher Rahmenbedingungen auf die gesetzliche Rentenversicherung in Deutschland, DRV-Schriften, Band 9, Frankfurt am Main 1998.
- Ramser, Hans Jürgen: Verteilungstheorie, Berlin u. a. 1987.
- Roberts, Charles C./Stiepelmann, Heiko (1983): Überprüfung der verschiedenen Schätzungen der Vermögensverteilung in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin/ München.
- Ruland, Franz/Faik, Jürgen: Wirtschaftliche Unabhängigkeit von Alt und Jung - Basis für das Miteinander der Generationen. In: Deutsche Rentenversicherung, Frankfurt am Main, Heft 1-2/1999, S. 10-26.
- Schlomann, Heinrich: Vermögensverteilung und private Altersvorsorge, Frankfurt am Main/New York 1992.
- Schlomann, Heinrich/Faik, Jürgen: Die Verteilung des Haus- und Grundvermögens in den neuen Bundesländern seit 1990. In: Wohlstand für alle? Hrsg. von Wolfgang Glatzer und Gerhard Kleinhenz, Opladen 1997, S. 241-289.
- Schmähl, Winfried/Fachinger, Uwe: Armut und Reichtum: Einkommen und Einkommensverwendung älterer Menschen, ZeS-Arbeitspapier Nr. 9/98, Universität Bremen 1998.
- Statistisches Bundesamt: Wirtschaftsrechnungen, Fachserie 15: Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1983, Heft 2: Vermögensbestände und Schulden privater Haushalte, Wiesbaden 1986.
- Statistisches Bundesamt: Wirtschaftsrechnungen, Fachserie 15: Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1988, Heft 2: Vermögensbestände und Schulden privater Haushalte, Wiesbaden 1991.

Statistisches Bundesamt: Wirtschaftsrechnungen: Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1993, Fachserie 5: Aufwendungen privater Haushalte für den Privaten Verbrauch, Wiesbaden 1997.

Thiele, Silke: Das Vermögen privater Haushalte und dessen Einfluß auf die soziale Lage, Studien zur Haushaltsökonomie, Band 17, Frankfurt am Main et al. 1998.

Wolff, Edward N.: International Comparisons of Wealth Inequality. In: Review of Income and Wealth, Jg. 42 (1996), S. 433-451.

Wolff, Edward N.: Top Heavy. A Study of the Increasing Inequality of Wealth in America, New York 1995.

Woll, Artur: Allgemeine Volkswirtschaftslehre, 8. Auflage, München 1984.